

Türkis-Grün, die Farben der Veränderung?

Das Mögliche gemacht, nicht das Nötige

Die Antwort auf die Frage, wie gut oder schlecht das neue Regierungsprogramm aus wirtschaftspolitischer Sicht zu bewerten ist, hängt vor allem einmal davon ab, was sich der oder die Fragende von einer türkis-grünen Regierung erwartet hat. Wer sich etwa davor gefürchtet hat, dass der heimische Wirtschaftsstandort von einer planwirtschaftlich gesteuerten Ökologisierungswalze plattgemacht wird, darf sich entspannen. Davon ist – zumindest vorerst – nicht viel zu sehen. Ziemlich ernüchtert werden hingegen jene zurückbleiben, die sich eine nachhaltige Modernisierung des „Systems Österreich“ erwartet haben.

Dabei hat das 326 Seiten dicke Regierungsprogramm durchaus seine starken Passagen. Etwa wenn es darum geht, mehr Transparenz in den staatlichen Bereich zu bringen. Das haben sich die Bürger als Zahler der öffentlichen Institutionen schwer verdient. Erfreulich ist auch, wenn nun damit begonnen wird, die unhaltbaren Zustände an den sogenannten Brennpunktschulen zu verbessern. Es kann nicht sein, dass in Österreich nur jene Kinder eine gute Bildung erfahren, die in die „richtigen“ Familien in den „richtigen“ Bezirken zur Welt kommen. Keineswegs verkehrt ist es, den Familienbonus zu erhöhen und Beschäftigte an Unternehmensgewinnen beteiligen, ohne dass Finanz und Sozialversicherung die größten Profiteure sind. Und alles spricht dafür, nachkommenden Generationen auch in Finanzfragen eine adäquate Allgemeinbildung angedeihen zu lassen und die private Altersvorsorge steuerlich zu erleichtern.

Aber letzten Endes bleibt das vorliegende Regierungsprogramm, was es ist: Das zwischen diesen beiden so unterschiedlichen Parteien Mögliche. Das für eine gedeihliche Zukunft des Landes Nötige bleibt in zukunftsentscheidenden Bereichen hingegen auf der Strecke.

Denken wir nur an die kolossalen Folgen der alternierenden Gesellschaft auf die heimischen Sozialsysteme. Wir alle wissen, dass eine schrumpfende Gruppe von Erwerbstätigen die Pensionen einer immer schneller wachsenden Gruppe von Älteren erwirtschaften muss. Kommen heute 1,7 Erwerbstätige für einen Rentner auf, werden es bald nur noch 1,4 sein. Da reicht es eben nicht, das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche heranzuführen.

Wer das staatliche Pensionssystem für kommende Generationen finanzierbar halten will, kommt um eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters nicht herum. Man möchte meinen, dass die jüngste Regierungsmannschaft in der Geschichte der Zweiten Republik das längst spitzbekommen hat. Darauf finden sich im aktuellen Regierungsprogramm allerdings keinerlei Hinweise. Dabei muss bereits heute ein Viertel des jährlichen Bundesbudgets dafür aufgewendet werden, die Differenz zwischen den Einzahlungen der Aktiven und den Auszahlungen an die Pensionisten zu finanzieren.

Wird das Wachsen des Pensionslochs nicht gestoppt, ist auch eines der zentralen Ziele der neuen Bundesregierung nicht zu schaffen: Die Bürger zu entlasten, ohne gleichzeitig neue Schulden aufzunehmen. In diesem Zusammenhang fällt auch auf, wie konkret neue milliardenschwere Ausgaben im Verkehrsbereich formuliert sind, während mögliche Einsparungen in anderen Bereichen des Staatssektors über Absichtserklärungen nicht hinauskommen. Genau das wäre aber nötig, wenn Österreich nachhaltig verändert werden soll.

Die komplette Agenda-Austria-Analyse des Regierungsprogramms finden Sie auf den folgenden Seiten. Eine aufschlussreiche Lektüre wünschte Ihnen

Franz Schellhorn
Direktor Agenda Austria

Einleitung

Die Neue Volkspartei und die Grünen haben sich lange Zeit gelassen, um ihr Regierungsprogramm zu verhandeln. Und tatsächlich ist in vielen Bereichen offensichtlich, dass die beiden Parteien große Distanzen zwischen ihren jeweiligen Positionen überwinden mussten, um zu einem Ergebnis zu kommen. Mit der folgenden Analyse gibt die Agenda Austria eine Einschätzung betreffend jene Themen des Regierungsprogramms ab, zu denen wir bereits eigene Studien und Empfehlungen erarbeitet haben. Wir orientieren uns dabei nicht an der Kapitelstruktur der neuen Bundesregierung, sondern zeigen die unserer Meinung nach relevanten Bereichen auf und gruppieren sie danach, wie ambitioniert sie angepackt werden.

Die Bewertung fällt in einigen Bereichen durchaus positiv, in anderen wiederum durchaus skeptisch aus. Prinzipiell gibt es viele Schritte in die richtige Richtung. Doch auch wenn die Ziele von den türkis-grünen Verhandlern vielfach richtig gewählt sind (Beispiel: Entlastung, keine neuen Schulden), fehlt es oft an Tempo und Geradlinigkeit. Das ist vor allem deswegen problematisch, weil auch unsere wirtschaftlichen Nachbarn und Freunde in Europa nicht schlafen, sondern Reformeifer an den Tag legen. Erschreckend ist das oberflächliche Kapitel zu den Pensionen, das völlig außen vor lässt, wie dringend Reformen zur nachhaltigen Sicherung der öffentlichen Säule sind. Hier gibt es große Versäumnisse im Regierungsprogramm. In einigen Bereichen hingegen gibt es viel Klein-Klein, Detailregelungen, die sehr von ihrer konkreten Ausgestaltung abhängen, ehe man sie beurteilen kann. So wird etwa das Kernstück der Klimaschutzagenden, eine ökologische Reform des Steuer- und Abgabenwesens, erst evaluiert, geprüft und 2022 fertig verhandelt.

(Kleine) Schritte in die richtige Richtung

Beginnen wir mit dem Lob, das sich die kommende türkis-grüne Regierung in den Bereichen Steuern, Transparenz, Kapitalmärkte und Bildung zumindest stellenweise verdient hat.

Steuern senken: Ja, aber...

„Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern, damit die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, die unseren Wohlstand schaffen, von Steuern und Bürokratie entlastet werden“, heißt es in der Präambel des

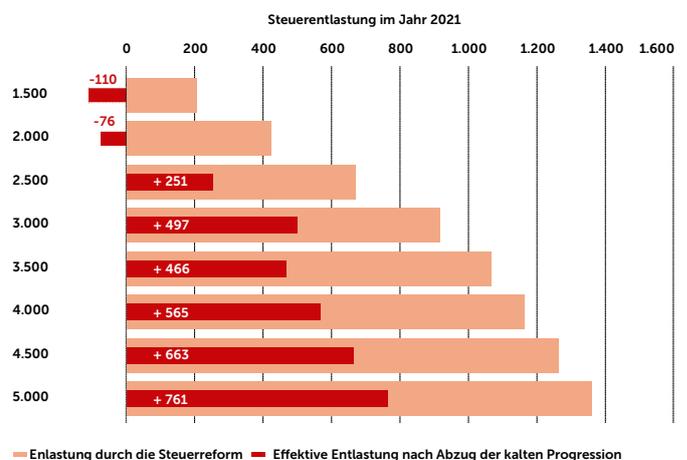
Regierungsprogramms. Es ist tatsächlich eine entscheidende Herausforderung für diese Regierung, dafür zu sorgen, dass den Arbeitnehmern und Unternehmen von ihrem Erwirtschafteten mehr netto bleibt. Österreich ist ein absolutes Hochsteuerland und nur in vier anderen Ländern ist die Steuer- und Abgabenlast für einen durchschnittlichen Arbeitnehmer höher als hierzulande. Einige Schritte in dem Programm sind positiv und eine Fortsetzung des türkis-blauen Pfades: Die Senkung der ersten drei Tarifstufen auf 20/30/40 statt 25/35/42 Prozent oder die Erhöhung des Familienbonus von 1.500 auf 1.750 Euro je Kind, der Kindermehrbetrag wird von 250 auf 350 Euro erhöht.

Allerdings bleibt die Entlastung zu bescheiden. Denn alleine über die kalte Progression liefern die Steuerzahler seit der Steuerreform 2016 bis 2021 bereits kumuliert 3,7 Milliarden Euro mehr an Steuern ab. Die Entlastung für die Einkommensbezieher wird 2021 ungefähr diesem Betrag entsprechen. Die Erhöhung des Familienbonus bringt Familien noch einmal rund 200 Millionen Euro jährlich. Eine Entlastung von rund vier Milliarden Euro klingt nach viel, wird unterm Strich aber von der kalten Progression merklich geschmälert und reicht bei weitem nicht aus, um die Belastung des Faktors Arbeit nachhaltig und entschieden zu senken. Dafür wäre ein doppelt so großes Entlastungsvolumen nötig.

Abb. 1: Entlastung vs. kalte Progression

Das bleibt nach Abzug der kalten Progression von einer geplanten Steuersenkung der ersten drei Tarifstufen

– in Euro, nach Bruttomonatseinkommen



Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Be- bzw. Entlastung berechnet für das Jahr 2021, bei einer Senkung der ersten drei Tarifstufen auf 20, 30 und 40 Prozent. Kalte Progression zum Basisjahr 2016.

Für viele Arbeitnehmer wäre eine Abschaffung der kalten Progression mittel- und langfristig eine wichtige Entlastungsmaßnahme. So wissen sie bereits heute, dass sie die nächste Steuerreform mit der automatischen Belastung durch die kalte Progression selbst teilweise vorausbezahlt haben. Dass die Regierung nun „prüfen“ möchte, die kalte Progression abzuschaffen, ist angesichts der unzähligen Berechnungen sowie der Debatten und Versprechungen in Wahlprogrammen höchst originell, um nicht zu sagen: ein Hohn.

Positiv zu beurteilen ist es, dass Mitarbeiter – wie auch in unserem Steuervorschlag vorgesehen – einfacher an Gewinn und Kapital der Unternehmen beteiligt werden sollen und auch die Entlastung der Selbständigen (zB bei geringwertigen Wirtschaftsgütern) forciert wird. Statt der Körperschaftsteuersenkung auf 21 Prozent aber wäre es sinnvoller gewesen, den Faktor Arbeit stärker zu entlasten und Investitionen steuerlich deutlich besserzustellen. Dazu kommen noch viele Einzelmaßnahmen, wie die Abschaffung der Mindest-Körperschaftsteuer oder die Einführung eines Gewinnrücktrages für kleine Selbständige. Insgesamt setzt das Steuerkapitel damit zwar einige gute Akzente, die große nachhaltige Entlastung ist jedoch ausgeblieben. Die Vereinfachung des Steuersystems, wie sie auch von der Vorgängerregierung versprochen wurde, findet sich zwar auch in diesem Programm, aber wie so oft nur als vage formuliertes Ziel. Das wird noch dadurch konterkariert, dass wenige Seiten später neue Steuern, komplexere Bemessungsgrundlagen und neue internationale Abgaben diskutiert werden.

Mehr Transparenz wagen

„Wir wollen keine gläsernen Bürgerinnen und Bürger, sondern einen gläsernen Staat. Und dafür sind wir bereit, alte Wege zu verlassen und neue zeitgemäße Lösungen umzusetzen.“ Dieser Satz aus dem Regierungsprogramm spiegelt eine wirkliche Veränderung in Österreich wider. **So soll das Amtsgeheimnis abgeschafft werden, und Informationsfreiheit als einklagbares Recht eingeführt werden.**

Dass der Rechnungshof umfassende Kontrollrechte bei den Parteifinzen bekommt, wurde bereits im Wahlkampf vielfach diskutiert. Dass es nun tatsächlich dazu kommt, ist erfreulich, denn genau diese Transparenz haben sich die Bürger dieses Landes verdient. Schließlich liegen die heimischen Parteien gemessen an der staatlichen Finanzierung pro Wählerstimme an der europäischen Spitze. Darüber hinaus heißt es im Regierungsprogramm: „Zusätzlich kann der Rechnungshof

bei begründetem Verdacht auf Verletzung des Parteiengesetzes von sich aus jederzeit tätig werden und prüfen.“ Entscheidend wird sein, ob auch den Parteien nahestehende Vereine sowie die Sozialpartner Berücksichtigung finden werden. Ob das so ist, geht aus dem Regierungsprogramm nicht hervor.

Enttäuschend ist jedenfalls, dass die großen verpflichtenden Interessensvertretungen, die Arbeiter- und Wirtschaftskammer, im Regierungsprogramm kaum Aufmerksamkeit bekommen und wörtlich insgesamt nur zwei Mal erwähnt werden. Zwar sollen Kammerwahlen in Zukunft transparenter und serviceorientierter für die Mitglieder gestaltet werden, von einem Blick hinter die (Finanz-)Macht der Kammern findet sich kein Wort. Es ist zwar davon die Rede, dass auch die Selbstverwaltung von der Informationsfreiheit erfasst ist, wie diese jedoch konkret ausgestaltet ist, wird sich weisen. Aus Sicht der Agenda Austria fehlt somit ein sehr wesentlicher Punkt, denn speziell die Kammern haben ein Problem mit Transparenz. So gelangen Details über ihre Finanzen kaum an die Öffentlichkeit. Einzig parlamentarische Anfragen bringen in unregelmäßigen Abständen Licht in die Schattenregierung.

Investoren braucht das Land

Während mehr Transparenz möglich gewesen wäre, ist für Österreichs Sparer aktuell kaum weniger Rendite möglich. Die Österreicher sparen zwar viel und gerne. So liegen mittlerweile rund 260 Milliarden Euro auf Sparbüchern. Doch das Problem ist, dass die Sparbuch-Sparer gerade wegen der Nullzinspolitik der EZB an Kaufkraft verlieren. Die Alternative wäre die Veranlagung des Ersparnis an den Kapitalmärkten, doch das scheitert oft am fehlenden Wissen in der Bevölkerung und am fehlenden Willen in der Politik.

Die neue Regierung aber scheint dieses Thema ernst zu nehmen. So ist geplant, wieder eine Behaltefrist für Aktien und Fonds einzuführen, nach deren Ablauf Kursgewinne steuerfrei sein sollen. Ohne Behaltefrist fällt auch für Kleinanleger, die über Jahre oder sogar Jahrzehnte Aktien halten, eine Kapitalertragssteuer (KESt) von 27,5 Prozent an - was private Vorsorge unattraktiv macht. Bis 2012 waren Gewinne nach einem Jahr steuerfrei, eine rot-schwarze Regierung unter Werner Faymann ließ sie damals aber abschaffen. Wie lange die „neue“ Frist dauern soll, ist bisher aber unklar. Eine Mindestdauer von einem Jahr erscheint sinnvoll, um langfristige Investments zu forcieren und übermäßige Spekulation zu verhindern. „Ökologische bzw. ethische Investitionen“

sollen sogar ganz von der KESt befreit werden. Hier sollen die zuständigen Ministerien (Finanzen und Klima) einen Katalog an Kriterien ausarbeiten.

Die Wiedereinführung der Behaltefrist wäre ein großer Schritt in Richtung einer stärkeren Rolle der privaten- und selbstständigen - Pensionsvorsorge. In Zukunft soll es etwa möglich sein, bei einem Jobwechsel Kapital aus der Abfertigung in eine betriebliche Pensionskasse zu verschieben. Die vorhandenen Vorsorgepläne sollen ausgebaut werden. In einer „PensionsApp“ sollen die Bürger Überblick über ihr Geld und ihre Ansprüche in den drei Pensionssäulen haben.

Gleichzeitig soll die „Financial Literacy von Jung und Alt“ gesteigert werden. Das tut auch dringend Not, denn mehr als die Hälfte der Österreicher weiß laut Befragungen bis heute nicht, was eine Aktie ist – und ohne Wissen wird der Kapitalmarkt eher zum Risiko als zur Chance. Dazu soll es „lebenslange, berufsbegleitende Lehrangebote zum Kapitalmarkt mit Privaten Partnern“ geben. Das Thema soll zudem verstärkt in den Schullehrplänen verankert werden.

Bildung: Mehr Geld, wo nötig

Der stärkere Fokus auf die frühkindliche Bildung ist aus der Sicht der Agenda Austria positiv zu bewerten. Bereits in den jungen Jahren werden wichtige Weichen für den späteren Bildungsverlauf gelegt. Knackpunkt wird jedoch sein, ob der Ausbau frühkindlicher Bildungseinrichtungen und Betreuungsplätze gleichzeitig an eine Qualitätssicherung geknüpft ist. Um das zu erreichen, sollte nicht nur mehr Augenmerk auf die Ausbildung der Pädagogen gelegt werden. Vielmehr sollte überprüft werden, ob mehr Geld auch zu besseren Ergebnissen führt. Positiv zu bewerten ist auch, dass es zu einem verstärkten Informationsaustausch im Bildungssystem kommen soll. Damit dieser aber auch effektiv umgesetzt werden kann, müsste die Zersplitterung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern aufgelöst werden. Hiervon findet sich allerdings nichts im Regierungsprogramm.

Die angekündigte Entwicklung eines Chancen-Index für die bedarfsorientierte Mittelvergabe an Schulen ist höchst positiv zu bewerten. Schulen mit großen Herausforderungen sollen auch mehr Mittel erhalten. Damit greift das Regierungsprogramm die Forderung der Agenda Austria auf, wonach Schulen konkrete Zielset-

-zungen für den jeweiligen Standort definieren sollen, autonom über die Ressourcenverwendung entscheiden und die Leistungsentwicklung laufend dokumentieren sollen.

Statt eines Pilotprojekts wäre es jedoch an der Zeit, allen Schülern im Land die Bildungschancen zuzugestehen, die einer wohlhabenden Volkswirtschaft gerecht werden. Empirische Evidenz liefern bereits *best practice* Beispiele, wie etwa aus Hamburg, den Niederlanden oder aus London, wo der Sozialindex bereits erfolgreich eingeführt wurde. Alleine in Wien steht ein Großteil der Neuen Mittelschulen und Volksschulen aufgrund ihrer Schulpopulation vor erheblichen sozialen Herausforderungen. Insgesamt fehlt auch ein Bekenntnis zu mehr Transparenz in der Bildungsfinanzierung und zu möglichen Sanktionen im Falle einer Nicht-Erreichung vorgegebener Bildungsziele. Das wären Voraussetzungen für eine effektivere und effizientere Nutzung von Ressourcen.

Bezüglich der neuen Lehrpläne ist die stärkere Verankerung von digitaler Technologie für den individuellen Lernfortschritt und die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Bereich digitaler Kompetenzen zu begrüßen. Es ist unerlässlich, dass sich das Lehrpersonal in der digitalen Welt zurechtfindet, um dieses Wissen an die Schüler auch vermitteln zu können. Statt dem immer wiederkehrenden Marketingschlager von Gratis-Tablets, wäre es höchst an der Zeit, in entsprechende Lernsoftware und Ausbildung der Lehrkräfte zu investieren.

Ein Schritt in die richtige Richtung sind auch die Pläne zur Entlastung der Lehrkräfte durch Personal im Bereich Administration, Schulsozialarbeit und Psychologie. Während Österreich vergleichsweise kleine Klassen aufweist, müssen Lehrer hierzulande oftmals auch administrative Tätigkeiten verrichten. Das Verhältnis von pädagogischem und administrativem Unterstützungspersonal zu Lehrkräften an Österreichs Schulen ist weit unausgewogener als im europäischen Vergleich.

Große Versäumnisse

Strukturreformen sind schwierige, aber sinnvolle Maßnahmen, um Österreichs Bürger und Unternehmen nachhaltig zu entlasten. Aber eine große Reform des teuren österreichischen Föderalismus findet sich ebenso nicht im türkis-grünen Koalitionspakt wie eine sinnvolle Pensionsreform.

Pensionen: Vogel-Strauß-Taktik ist keine gute Politik

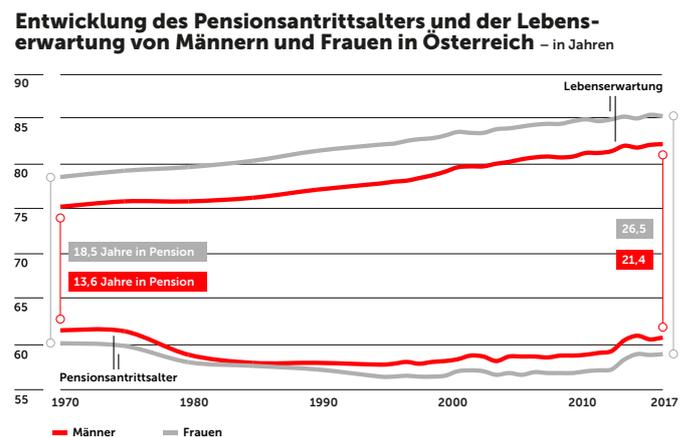
Dieses Kapitel liest sich geradezu ernüchternd. Denn während der Megatrend Klima zurecht sehr ausführlich im Regierungsprogramm abgehandelt wird, sind Maßnahmen gegen die Herausforderungen des demografischen Wandels nur mit der Lupe auszumachen. Es ist nicht vorgesehen, das staatliche Pensionssystem nachhaltiger zu gestalten und die Altersvorsorge auf eine breite Basis zu stellen. So heißt es wörtlich im Regierungsprogramm über das Pensionssystem: „Es gibt zwar immer wieder Adaptionsbedarfe, aber wir brauchen keine grundlegende Neuausrichtung.“ Das ist vor allem für die jüngeren Generationen eine schlechte Nachricht. Speziell, weil die Lage im System schon heute angespannt ist und sich zukünftig noch verschärfen wird. So kommen aktuell auf einen über 65-jährigen Menschen noch 3,3 Personen im erwerbsfähigen Alter. Im Jahr 2030 werden dies nur noch 2,5 und im Jahr 2050 sogar nur mehr zwei Erwerbsfähige sein.

Hinzu kommt, dass die Lebenserwartung in der Pension immer weiter ansteigt. Allein seit 1970 waren es rund sieben Jahre. Damit die steigende Lebenserwartung die junge Generation nicht allzu sehr belastet, ist es notwendig, die Pensionsbezugsdauer an die Lebenserwartung anzupassen. Diese so genannte Pensionsautomatik wird von vielen Experten und auch von der Agenda Austria befürwortet.

Als nachhaltige Lösung dieser Problematik verweisen die Koalitionäre hingegen auf eine möglichst rasche Angleichung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter. Kurzfristig würde das für Entlastung sorgen. Langfristig führt dies aber dazu, dass die in dieser Zeit erworbenen Ansprüche auch von der jungen Generation bezahlt werden müssen. Von einer nachhaltigen Lösung kann also nicht die Rede sein. Zwar hat ein späterer Abschied vom Arbeitsleben kurzfristig durchaus positive Effekte für die Finanzierung des Pensionssystems: Menschen, die länger arbeiten, zahlen während dieser Zeit weiter Pensionsversicherungsbeiträge ein und erhalten noch keine Pension. Vergessen wird aber oft der belastende Teil des späteren Antritts: Durch das längere Arbeitsleben werden auch höhere Pensionsansprüche erworben, die entsprechend auch ausbezahlt werden und damit die Gesamtausgaben zukünftig ansteigen lassen.

Ein späterer tatsächlicher Pensionsantritt reduziert damit das Defizit im Pensionssystem nicht nachhaltig, sondern verschiebt die Problematik in die Zukunft. Entscheidend ist, dass die Menschen in diesem Land für dieselbe Pension länger arbeiten, da diese auch länger bezogen wird, nicht um eine höhere zu bekommen. Deshalb braucht es ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter, so wie das in vielen vergleichbaren Ländern bereits umgesetzt wurde.

Abb. 2: Immer mehr Lebensjahre in Pension



Viel Klein-Klein, mit unklarem Ergebnis

Das Regierungsprogramm von ÖVP und den Grünen steht auf immerhin 326 Seiten und umfasst 30 Kapitel. Es ist also nicht überraschend, dass einige Bereiche zwar detailreich ausformuliert sind, die großen Fragen aber (noch) nicht beantwortet sind. Das trifft auf die großen Themen Klimaschutz und Pflege genauso zu wie auf die Maßnahmen in der Standort- und Arbeitsmarktpolitik.

Viele Klimapakete, keine Klimasteuer

Setzte die türkisblaue Koalition noch darauf, das gute Koalitionsklima hervorzuheben, geht es im neuen Regierungsabkommen sehr stark um das weltweite Klima und die Herausforderungen für die Umwelt-, Steuer- und Verkehrspolitik in Zeiten des Klimawandels. Diese Regierung will sich als Vorreiterin im Kampf gegen den Klimawandel positionieren. Beide Parteichefs haben diese Devise wiederholt bei Presseterminen und in Interviews ausgegeben und etwa betont, dass sich sowohl Grenzen als auch Klima schützen lassen. In vielen Bereichen finden sich daher Hinweise auf ökologische Themen. Die ökologische Vorbildwirkung der Verwaltung etwa, das stärkere Thema des Klimawandels in den Lehrplänen oder ein möglicher Entfall der Kapitalertragsteuer für ökologische Investitionen. Dazu kommen natürlich detailreiche Pläne wie ein Auslaufen für fossile Energieträger im Gebäudesektor oder ein Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, das unter anderem dafür sorgen soll, eine Million Dächer in Österreich mit Photovoltaik-Anlagen auszustatten. Nicht zu vergessen die ziemlich konkreten zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Damit soll das Pariser Klima-Ziel erreicht, der nationale Energie- und Klimaplan nachgeschärft werden.

Doch beim Herzstück der ökologischen Steuerreform bleibt das Regierungsprogramm vage. Bis 2022 soll geprüft werden, wie genau die CO₂-Emissionen steuerlich unattraktiver gemacht werden sollen. Ob das in der Form einer CO₂-Steuer oder eines flächendeckenden Emissionshandelsystems erfolgt, soll eine „Task Force ökosoziale Steuerreform“ erarbeiten. Diese Reform soll 2022 kommen. Aus Sicht der Agenda Austria ist ein Emissionshandelssystem klar im Vorteil, wenn wirklich im Fokus stehen sollte, Emissionen effektiv zu reduzieren. Die vielen kleinen Schritte in dem Regierungsprogramm, die von einer Erhöhung der Flugticketabgabe bis zur Ökologisierung von Normverbrauchsabgabe, LKW-Maut, des Dienstwagenprivilegs und des Pendlerpauschale reichen, weisen aber eher auf eine neue

Steuer hin. Die protektionistische Forderung, auf europäischer Ebene für Klimazölle einzutreten, dürfte noch zu einigen zähen Diskussionen auf EU-Ebene und darüber hinaus führen.

Standort: Viel Gutes, wenig Konkretes

Die Standortpolitik der kommenden Jahre scheint sich auf Schlagzeilen auszuruhen. Stärken sollen gestärkt werden, neue Sektoren erschlossen werden. Beide Parteien scheinen dabei eine Schwäche für staatliche Innovationsvorgaben zu haben. Schon in den Wahlprogrammen wussten sowohl die ÖVP mit Wasserstoff und die Grünen mit Solarenergie, was die Zukunftstechnologien sein werden. Gerade von den Grünen haben Forderungen nach einer gezielten, staatlich gelenkten Technologieentwicklung im Bereich der CO₂-Einsparungen, Elektromobilität, Kreislaufwirtschaft oder „grünem Wasserstoff“ ihren Niederschlag im Koalitionsabkommen gefunden. Auch wenn die Investition in Grundlagenforschung und Technologien sinnvoll und notwendig für den Standort Österreich ist, so wäre es besser gewesen, den Weg ergebnis- und technologieoffener zu gestalten und Forschungsmittel am besten von Experten in kompetitiver Form vergeben zu lassen. Warum die Regierung glaubt hier besser zu wissen was die Zukunft bringt, als die Experten, die damit jeden Tag arbeiten, weiß wohl nur sie selbst.

Erfreulich sind dagegen die Ansätze in der Förderung des Unternehmertums. Hier soll einerseits an der risikoscheuen österreichischen Mentalität und dem teilweise defizitären Wirtschaftswissen gearbeitet werden. „Unternehmerisches Denken [soll] im Bildungssystem verankert werden“ und auch die „Kultur der 2. Chance [soll] stärker verankert“ werden. In Regulatory Sandboxes sollen zudem innovative Technologien und Produkte auf einer Testwiese probiert werden können. Das hat den Vorteil, dass Innovation nicht im Vorhinein wegereguliert wird, auf der anderen Seite aber auch die Risiken überschaubar bleiben.

Kritisch ist die Haltung der neuen Regierung zum Außenhandel zu bewerten. Obwohl Österreich eine offene Volkswirtschaft ist, die mehr als die Hälfte ihres Wohlstands jenseits der Grenzen erwirtschaftet, gibt die Regierung nur inhaltsleere Lippenbekenntnisse zum Außenhandel und zur Globalisierung ab. So bekennt man sich „zu aktiver, fairer Handelspolitik“. Nach dem Krampf um das Freihandelsabkommen mit Kanada wird ein Abkommen mit den Ländern Südamerikas (Mercosur) von beiden Regierungsparteien (jeweils aus

ideologisch unterschiedlichen Gründen) abgelehnt. Mit einer Zustimmung zu künftigen Abkommen seitens Österreich darf in den kommenden fünf Jahren daher eher nicht gerechnet werden. Stattdessen sollen im Zuge der WTO eher einheimische Unternehmen gestärkt werden indem beispielsweise CO₂-Zölle eingeführt werden sollen. Wenngleich dies ein durchaus argumentierbares Instrument aus europäischer Sicht darstellt, so ist es dennoch ein klares Handelshindernis und wird gerade bei den USA oder China nicht ohne Gegenreaktion bleiben.

Gleichzeitig will Österreich aber schärfere Investitionskontrollen. Dabei geht es darum ausländische Übernahmen von Schlüsseltechnologien sowie Standortverlagerungen zu verhindern. Sinnvoller wäre es hier Anreize zu setzen, dass Unternehmen nicht abwandern, als dies über Verbote zu steuern.

Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene soll es zur Entbürokratisierung kommen. Unnötige und widersprüchliche Vorgaben sollen bereinigt, unnötige Übererfüllung internationaler Standards reduziert und von Unternehmen künftig nur mehr einmalig Daten bereitgestellt werden (once only). Beabsichtigt ist auch die Einführung einer Bürokratiebremse. Zudem sollen digitale Hilfsmittel die Bürokratie und Verwaltung entlasten. Beispielsweise soll ein Algorithmus Umsatz-, Einkommens- und Körperschaftsteuererklärungen vereinfachen. Eine sehr gute Idee, die nur umgesetzt werden muss.

Ein lachendes und ein weinendes Auge gibt es bei den Reformen zur Risikokapitalfinanzierung. Den sinnvollen Anreizen für mehr private Risikobildung über die Einführung mehrjähriger Gewinn- und Verlust-Ausgleiche sowie der steuerlichen Absetzbarkeit von Anschub- und Wachstumsfinanzierung nach britischem Vorbild steht die Ausweitung öffentlichen Risikokapitals gegenüber. Österreich ist hier eine europäische Seltenheit, wo auch die „Heuschrecken“ verstaatlicht sind. Denn die öffentlichen Gelder werden oftmals zu Konditionen vergeben, die private Geldgeber verdrängen. Auch wird mehr nach dem Gießkannenprinzip und weniger zielgerichtet gefördert als es ein privater Investor tun würde.

Lobenswert hingegen ist, dass sich künftig auch institutionelle Investoren wie Pensions- und Vorsorgekassen langfristig als strategischer Investor beteiligen können.

Wohnen bleibt eine Baustelle

Die steigenden Immobilien- und damit auch Mietpreise in den vergangenen Jahren haben dazu geführt, dass diesem Thema im Regierungsprogramm viel Raum gewidmet wird. Zielsetzung der neuen Regierung ist es, dass der Wohnraum einerseits günstiger, und andererseits auch ökologischer wird.

Politisch ist dieses Vorhaben aber keineswegs so leicht umzusetzen. Die einzige konkrete Maßnahme, die direkt den Mietpreis beeinflussen soll, ist die Umstellung der Maklerprovision auf das Bestellerprinzip. Künftig soll also der Vermieter den Makler bezahlen. Inwieweit diese Maßnahme auch tatsächlich zu günstigeren Mieten führt, ist fraglich und hängt davon ab, ob die Vermieter diesen Betrag durch höhere Preise auf den Mieter umlegen können. Während die Marktlage mit einer hohen Nachfrage für eine Überwälzung spricht, ist dies rechtlich nur in den nicht-regulierten Segmenten möglich.

Speziell in Wien sind die Preise in den letzten Jahren gestiegen, da die Nachfrage nach Wohnraum deutlich schneller gestiegen ist, als neuer Wohnraum geschaffen wurde. Gerade der Aspekt der Baulandmobilisierung fällt aber sehr dürftig aus. Hier wird neben der allgemeinen „Attraktivierung“ des Baurechts der Wunsch an die öffentlichen Beteiligungen nach einer Baulandnutzung für geförderten Wohnbau geäußert. Ansonsten soll nach Möglichkeit verdichtet gebaut werden, um Grünflächen zu erhalten.

Eine Voraussetzung für die Schaffung günstigen Wohnraums sind nicht die im Wahlkampf oft diskutierten Mietpreisbremsen, sondern günstigere Baukosten, wie sie auch zusammen mit schnelleren Bauverfahren im Regierungsprogramm gefordert werden. Dazu sollen auch bundesweit einheitliche Regelungen zu technischen Vorschriften geschaffen werden. Hier liegt jedenfalls ein Großteil des Handlungsspielraumes bei den Bundesländern.

Um mehr Wohnraum zu bauen, sollen auch Investitionsanreize in den Neubau eingeführt werden. So sollen unter ökologischen Gesichtspunkten Abschreibungsmöglichkeiten geschaffen bzw. erhöht werden, auch für Sanierungen. Während zumindest bei älteren Immobilien eine Sanierung sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll wäre, bleibt die Frage, wie viel Budget hierfür bereitgestellt werden soll, um ei-

nen signifikanten Effekt zu erzielen und inwieweit die Gegenfinanzierung wieder vom Bürger selbst gezahlt werden muss. Ohne Einsparungen auf anderer Seite zahlt sich der Bürger den Sanierungsbonus selbst. Auch die Wohnbauförderung sollte zukünftig an Umweltkriterien geknüpft werden. Richtig ist es bei der Wohnbauförderung zu einer Zweckwidmung der Gelder zurückzukehren.

Von Seiten der ÖVP findet sich der Wunsch nach einer höheren Eigenheimquote. Ihre Forderung, die staatlichen Nebenkosten beim ersten Immobilienerwerb zu senken, finden sich aber nicht im Regierungsprogramm. Gestärkt werden soll aber die Möglichkeit des Mietkaufs. Da Immobilien meist den wichtigsten Vermögenswert darstellen, ist diese Maßnahme sinnvoll, um den Vermögensaufbau zu stärken. Während Mieter unter steigenden Kosten leiden, würde Eigentümer von steigenden Werten profitieren.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass im Wohnkapitel des Regierungsprogramms zum einen großer Schaden – wie durch eine Mietpreisbremse – verhindert werden konnte. Zum anderen bleiben aber die Maßnahmen zur Schaffung von neuem Wohnraum überschaubar. Wichtig wäre es mit den Bundesländern gemeinsam die Schaffung von neuem, bedarfsgerechtem Wohnraum zu ermöglichen. Es muss Baufläche bereitgestellt werden, Bürokratie reduziert und technologieoffenes Bauen ermöglicht werden, damit das Bauen selbst günstiger wird.

Pflege als Kostenfrage

Fakt ist, dass zukünftig mehr Personen gepflegt werden müssen und die Kostenbelastung steigen wird. Das hat bereits die Vorgängerregierung beschäftigt und im Vorjahr etwa zu einem „Pflegegipfel“ geführt. Die türkis-grüne Koalition will nun eine „Task Force Pflegevorsorge“ einrichten, um die Finanzierung im Rahmen einer Pflegeversicherung neu aufzustellen. Aktuell kennzeichnet die Finanzierung der Pflege ja ein undurchsichtiges Finanzierungsgebilde zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung.

Effizientere Strukturen und eine nachhaltige Pflegefinanzierung wird es auch brauchen, damit das Pflegesystem auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Aus Sicht der Agenda Austria sollte eine Pflegefinanzierung aber strenge Kriterien erfüllen:

Nachhaltigkeit: Die Demografie soll abgefangen und eine Zunahme der Belastung verhindert werden.

Generationengerechtigkeit: Jede Generation soll die eigene Pflege finanzieren.

Freiheit: Die Menschen sollen zur Vorsorge verpflichtet werden. Bei der Ausgestaltung der individuellen Pflege soll aber eine möglichst große Freiheit gewährt werden.

Effizienz: Strukturen und Anreize sollen so gesetzt werden, dass eine qualitativ hochwertige Pflege ohne Ressourcenverschwendung gewährleistet wird.

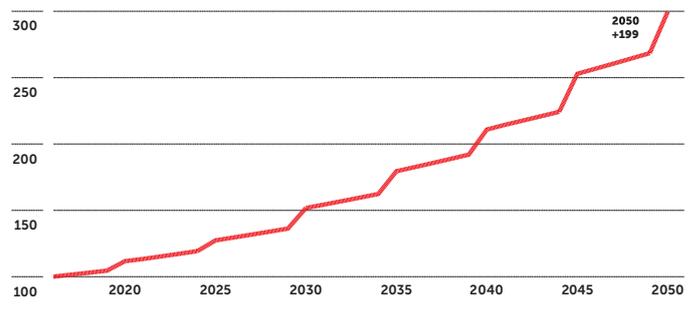
Arbeitsbelastung vermeiden: Die Pflegefinanzierung sollte den ohnehin teureren Faktor Arbeit nicht weiter belasten. Eine Pflegeversicherung würde genau das wohl kaum bewerkstelligen.

Dass im Regierungsprogramm eine Stärkung der Qualitätssicherung und Aufwertung des Pflegeberufs und der Pflegeorganisation vorgesehen ist, ist hingegen durchaus positiv zu bewerten, ebenso wie die anvisierte Unterstützung pflegender Angehöriger.

Abb. 3: Stark steigende Pflegekosten

Pflegekosten für die öffentliche Hand wachsen rasant

– reale Kostensteigerung für die öffentliche Hand ab 2016, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, EU-Kommission.

Arbeit gesucht

Im aktuellen Regierungsprogramm werden die beiden großen Probleme am Arbeitsmarkt nur unzureichend angesprochen: der strukturelle und der regionale Mismatch. Der strukturelle Mismatch beschreibt die Tatsache, dass österreichweit Arbeitskräfte in so genannten Mangelberufen fehlen. Um dieses Problem anzugehen, soll die Aus- und Weiterbildung entsprechend gefördert werden sowie die Anwerbung von entsprechend qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland erleichtert werden.

Zum anderen herrscht in Österreich ein regionaler Mismatch. Während im Osten des Landes viele Arbeitslose auf eine offene Stelle kommen, sind dies im Westen wesentlich weniger. Hilfreich wäre hier die Informationen über die offenen Stellen und die entsprechenden Arbeitssuchen noch besser zusammenzubringen und gegebenenfalls auch Mobilitätsbeihilfen für die Jobaufnahme zu gewähren. Daneben war die Regionalisierung der Mangelberufsliste im letzten Jahr schon ein Schritt in die richtige Richtung. Die oft hohen bürokratischen Hürden, gerade bei der Rot-Weiß-Rot Card, zu lockern, wäre ein weiterer Ansatzpunkt.

Was wirklich verwundert, ist, dass es jetzt ein neues Ziel des AMS sein soll, möglichst viel für die nachhaltige Senkung der Arbeitslosigkeit zu tun – weil das bereits jetzt Aufgabe des AMS sein sollte. Positiv, wenn auch noch unkonkret, sind der Aufbau neuer Lehrberufe und Anpassung der Curricula sowie die an vielen Stellen betonte Qualifizierung.

Literatur

- Kucsera, D., Nagl, W. (2019).** Warum das gesetzliche Pensions- antrittsalter steigen muss. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/warum-das-gesetzliche-pensionsantrittsalter-steigen-muss/> (abgerufen am 03.01.2020).
- Kucsera, D., Sustala, L. (2019).** Damit sich Arbeit wieder lohnt - Ideen für ein Steuersystem, das Leistung und Wachstum fördert statt behindert. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-lohnt/> (abgerufen am 03.01.2020).
- Lorenz, H. (2019).** Österreichs Kammern - Politik im Schatten der Regierung. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/oesterreichs-kammern/> (abgerufen am 03.01.2020).
- Lorenz, H., Kucsera, D., Sustala, L., Nagl, W. (2019).** Leistung. Aufstieg. Sicherheit. Do it now!. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/do-it-now/> (abgerufen am 03.01.2020).
- Lorenz, H., Sustala, L. (2019).** Wohnst du schon oder regulierst du noch?. Agenda Austria, Wien. Online verfügbar: <https://www.agenda-austria.at/wp-content/uploads/2019/12/aa-policy-brief-mietpreisbremse-v4.pdf> (abgerufen am 03.01.2020).

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**